

# Diaľnstoter Zeitung



Er scheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 4.95 Mark vierteljährlich außer Bestellgeld.

## Organ des Soldatenrates

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldabonnements 1.15 Mk. einschl. Porto, von der Expedition — abgeholt 1 Mark. —

### Der Polenputsch in Posen.

Wolffmeldung.

Berlin, 3. Januar.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Der Vorsitzende der englischen Delegation in Spaa, General Gattling, hat an den englischen Oberstleutnant Wade, zur Zeit in Posen, folgendes Telegramm gerichtet: „Ich habe vom englischen Auswärtigen Amt Auftrag erhalten, Sie anzuweisen, Ihre Reise nach Warschau ohne Aufschub fortzusetzen. Bestätigen Sie den Empfang. General Gattling, britische Delegation in Spaa.“

Dem englischen Oberstleutnant war zusammen mit Paderewski freies Geleite ausdrücklich nur für die Reise Danzig — Warschau gewährt worden. Die beiden hatten sich aber trotz deutschen Protestes nach Posen begeben und hatten dort, wie die deutsche Regierung der Entente unter Ablehnung jeder Verantwortung vorausgesetzt hatte, deutschfeindliche Propaganda veranlaßt, indem sie unter bewußter Entstellung der Tatsachen dem stellvertretenden Generalkommando in Posen mitteilten, der Aufenthalt in Posen geschehe im Einverständnis mit der deutschen Waffenstillstandskommission. Mit dem strikten Befehl der Weiterreise ist endlich der deutschen Forderung Genüge getan, daß Wade und Paderewski das deutsche Reichsgebiet unverzüglich verlassen sollen.

Aus Posen wird gemeldet: In der Nacht vom 1. Januar um 3 Uhr sind Paderewski und die beiden Mitglieder der englischen Kommission, Oberstleutnant Wade und Leutnant Langford, sowie Major Jwanowski von der Hallerschen Armee aus Posen in der Richtung Warschau abgereist. Der Kommandeur Rawlings, das dritte Mitglied der Kommission, fuhr über Berlin nach Spaa mit einem Bericht für die Waffenstillstandskommission. In Ostrowo sind Bahnhof, Post, Polizei, Banken und alle öffentlichen Gebäude in polnischer Hand. Heute trat eine Spezialkommission zusammen, welche das ganze militärische Inventar übernahm. Auch in Skalnierzyce ist alles in polnischen Händen. Krotoszyn ist ebenfalls von den Polen besetzt. Auch der Truppenübungsplatz ist von polnischen Abteilungen besetzt worden.

In der Stadt Posen treten allmählich geordnete Zustände ein. Der Post- und Telefonbetrieb ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Das „Posener Tageblatt“ und die „Ostdeutsche Warte“ dürfen von Sonnabend früh ab wieder erscheinen.

Das polnische Provinzialkomitee in Posen proklamiert Wahlenthaltung für die bevorstehenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Nach Mitteilung des Bromberger Vollzugsrates sind die in Hohensalza getroffenen Vereinbarungen von den Polen nicht gehalten worden. Sofort nach Schluß der Versammlung, als die Vertreter die Züge bestiegen hatten, sind Unruhen in Hohensalza ausgebrochen. Post, Magistrat und Polizei wurden von den Polen besetzt, sind aber inzwischen von den deutschen Truppen wieder freigemacht worden. In Strelno wird gekämpft. Kreuzschwyz ist durch die Polen erobert und besetzt.

Bei den Volksbeauftragten, die den Bericht des Ministers Eugen Ernst über seine Reise nach Posen entgegengenommen und geprüft haben, wird die pessimistische Auffassung desselben keineswegs geteilt. Besonders soll hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Truppenmenge kein Anlaß zur Besorgnis vorliegen. Allerdings bedeutet der Einbruch der Polen in Posen nur einen Teil des Programms, das die Reichsleitung beschäftigt. Mindestens ebenso dringend ist die Klärung des Verhältnisses zur russischen Sowjetregierung, der Lage in Riga und der unerlaubten Anwesenheit Radeks in Berlin. In allen diesen Fragen dürfte die Öffentlichkeit heute die Entscheidung erfahren.

### Proteste der englischen Presse.

Meldung der Telegraphenunion.

Rotterdam, 2. Januar.

Mehrere führende englische Blätter, darunter „Daily Mail“ und „Daily Telegraph“, protestieren energisch gegen die Besetzung preussischer Gebietsteile durch die Polen. Sie vertreten den Standpunkt, daß die Entscheidung über diese Gebiete lediglich der Friedenskonferenz zustehe. Sie verlangen die

sofortige Wiederherstellung des früheren Zustandes, gegebenenfalls durch Nachmittel der Alliierten. Auch die „Westminster Gazette“ äußert sich in ähnlichem Sinne.

### Riga geräumt.

Wolffmeldung.

Riga, 1. Januar.

Am Silvestertag haben die deutschen Streitkräfte der Eisernen Division ihre Stellungen bei Hinzenburg geräumt und sich auf die Hügelstellung zurückziehen müssen, die nur wenige Kilometer von Riga entfernt ist. Der deutsche Gesandte, der sich tags zuvor im Panzerauto in die vorderen Stellungen begeben hatte, um sich über die Lage zu unterrichten und die Truppen zum Widerstand anzufeuern, traf die schwachen Streitkräfte bereits in einer so bedrängten Lage, daß ein Halten der Stellungen um Hinzenburg unmöglich schien. Mit dem Augenblick, in dem die Truppen der Bolschewiki die Hügelstellungen erreicht haben, ist die Räumung Rigos unvermeidlich geworden, wenn man die Stadt schonen und nicht einer Einnahme mit stürmender Hand aussetzen will. Die englische Flotte hat sich außerhande erklärt, helfend und unterstützend einzugreifen. Unter diesen Umständen ist, nachdem der Abtransport aller Truppen sich vollzogen hat, die Räumung Rigos noch im Laufe dieser Woche beschlossen worden.

Die Akten der Gesandtschaft und ein großer Teil des Personals sind bereits nach Mitau übergesiedelt. Der Gesandte mit seinem ersten Stabe ist noch in Riga geblieben, um erst im letzten Augenblick ebenfalls nach Mitau zu gehen. Da noch 1000 Reichsdeutsche sich in Riga aufhalten und große Werte an Privatbesitz und Heeresgut noch nicht abtransportiert sind, wird auch nach der Übersiedlung der Gesandtschaft nach Mitau ein Vertreter des Gesandten mit etlichen Hilfsarbeitern in Riga bleiben, um die reichsdeutschen Interessen auch gegenüber den Bolschewiki zu vertreten.

An Bord des Dampfers „Lucie Wörmann“, der am Freitag früh mit Flüchtlingen und Truppen von Riga abgefahren ist, sandte der Korrespondent des „Lokalanzeigers“ einen Funkpruch, nach dem in der Stadt bolschewistische Aufruhr herrscht. Es finden Straßenkämpfe statt. Das deutsche Theater brennt.

### Clemenceau und Wilson.

Wolffmeldung.

Saag, 2. Januar.

Clemenceau sagte in seiner Rede über die Wilsonschen Grundzüge, daß sie nicht immer mit den seinigen übereinstimmen. „Einige Leute haben dem Präsidenten Absichten untergeschoben, die vielleicht nicht die seinigen sind. Wilson ist ein Mann von weitem, hochherzigem Geist, der durch die Reinheit seines Gemütes Achtung einflößt. Wilson hat mir gesagt, er werde versuchen, mich zu überzeugen. Vielleicht wäre ich es aber, der ihn überzeugen würde. Nichts kann eine bessere Befriedigung erhoffen lassen, als seine Äußerung.“ Nach Erwähnen seiner Besprechung mit Lloyd George erklärte Clemenceau: „Die ersten Ereignisse wachsen über uns hinaus. Wir haben große Anstrengungen zu machen, um den alten Geist, wie er uns vor dem Kriege beherrschte, nicht verschwinden zu lassen.“

Die Rede Clemenceaus wurde mit brausemdem Beifall aufgenommen. Nur die linksradikalen und sozialistischen Deputierten hüllten sich in eisiges Schweigen. Nach der Rede Clemenceaus, die nach Mitternacht endete, ging die Sitzung bis zum nächsten Morgen weiter.

### Der oberschlesische Bergarbeiterstreik teilweise erloschen.

Wolffmeldung.

Kattowiz, 2. Januar.

Der Bergarbeiterstreik ist im allgemeinen am 31. Dezember erloschen. Gestreikt wird nur noch auf Cleophas und Dubensko, wo 2600 Arbeiter ausständig sind. Zu terroristischen Ausschreitungen ist es nicht mehr gekommen.

### Nochmals die Osttruppen.

Wolffmeldung.

Berlin, 2. Januar.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: „Anlässlich der unerhörten Vergewaltigungen, der die deutschen Truppen im Osten unterworfen werden sollen, hat nach den übereinstimmenden Rundgebungen der Reichsregierung und der Waffenstillstandskommission nunmehr auch die deutsche Oberste Heeresleitung in Spaa ausdrücklich erklären lassen:

1. Artikel 12 und Artikel 13 des Waffenstillstandsabkommens forderten ausdrücklich sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen im Osten. Auf die deutsche Anreue, die ebenso im deutschen Interesse wie in dem der Allgemeinheit erfolgte, wurde der Wortlaut geändert. Deutschland hatte damit nicht die Verpflichtung übernommen, im Osten für Ordnung zu sorgen, sondern lediglich die Berechtigung erhalten, erst allmählich zu räumen.

2. Das Oberkommando der Alliierten hat offen diese Auffassung geteilt. Das Oberkommando hätte sonst Widerspruch erhoben, als Deutschland die bereits eingeleitete Räumung der Krim mitteilte und zur Beschleunigung dieser Räumung die Freigabe des Seeweges Sewastopol-Odessa beantragte. Von vorheriger Anfrage war damit nicht die Rede.

3. Die von Deutschland freiwillig übernommene Aufgabe, im Osten für Ordnung zu sorgen, wurde erfüllt, solange dies möglich war. Der Rückmarsch wurde erst angeordnet, als sich die deutschen Truppen zu schwach und leider auch zu unzuverlässig erwiesen. Die Alliierten wurden hier von unterrichtet (schriftliche Erklärung vom 3. Dezember 1918 und mündliche Erklärung in Trier am 23. Dezember 1918).

4. Nachdem im Vertrag vereinbart worden war, daß die deutschen Truppen möglichst lange im Osten verbleiben sollten, mußte erwartet werden, daß die Alliierten, wenn sie wirklich Wert darauf legten, die kleinen Völker des Ostens zu schützen, die Deutschen nicht geradezu verhindern, ihre Aufgabe durchzuführen. Dies ist aber tatsächlich der Fall gewesen.

Die Alliierten erklären sich jetzt zwar solidarisch mit der polnischen Regierung, sie haben aber z. B. nicht zu verhindern versucht, daß die Polen die Eisenbahn nach Deutschland abschnitten und damit die Lebensmöglichkeit der deutschen Truppen unterbanden. Aber wenn die Deutschen in der Ukraine kämpfen sollen, so müssen sie Waffen, Munition und Vorräte haben. Man dürfte sie ihnen nicht, wie dies z. B. in Odessa geschah, zum großen Teil wegnehmen.

Durch ihre eigene Handlungsweise haben somit die Alliierten das von ihnen gewünschte Verbleiben der deutschen Truppen in dem besetzten Gebiete des Ostens selbst in hohem Maße erschwert.

5. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Oberste Heeresleitung berechtigt war, zu erwarten, daß den im Einvernehmen mit den Alliierten im Osten verbliebenen Truppen selbstverständlich eine ehrenvolle Rückkehr mit Waffen nicht verweigert würde. Sie hat ausdrücklich am 29. November 1918 um Bestätigung ihrer Auffassung ersucht, die dem Sinne des Waffenstillstandes und natürlichem Rechtsempfinden und dem militärischen Gefühl in gleicher Weise entspricht.

6. Eindringlich wird ferner darauf hingewiesen, daß durch die von den Alliierten anscheinend beabsichtigte entwürdigende Behandlung der deutschen Truppen die Gefahr des Bolschewismus für die östlichen Länder außerordentlich gesteigert wurde, nicht zum wenigsten für Polen, wo bolschewistische Ideen bald verbreitet sind und keinen Widerstand wie in einem besetzten Staat finden.

7. Schließlich muß betont werden, daß die Deutschen, die gezwungen werden würden, vielfach das von feindlichen Agitatoren verheißene Land, das einer straffen Regierung zur Zeit völlig entbehrt, zu durchziehen, schutzlos der Winterzeit, dem Raub und Mord ausgesetzt werden. Die bisherigen Erfahrungen reden hierbei eine deutliche Sprache. Es kann nicht Absicht der Alliierten sein, hier weitere Greuel hervorzurufen.

8. Die deutsche Oberste Heeresleitung erwartet daher, daß in Anerkennung der vorgebrachten Gründe eine würdige Lösung für die Rückkehr der deutschen Truppen aus dem Osten gefunden wird.“

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt weiter mit:

„Über die Behandlung unserer Kriegsgefangenen von Rumänen hat folgender Notewechsel stattgefunden: Am 17. Dezember wurde deutscherseits erklärt:

„Aus einem soeben durch Vertrauenspersonen eingegangenen Bericht, wonach Generalkommando 62 und etwa 4000 Wirtschaftstruppen in Kronstadt von den Rumänen festgenommen und entwaffnet worden sind, geht hervor, daß die Offiziere und Mannschaften auf das unmündigste behandelt, ihres Privateigentums größtenteils beraubt, als Kriegsgefangene erklärt, unwürdig untergebracht und ohne Nahrung belassen wurden. Um Unterstützung des bei der rumänischen Obersten Heeresleitung eingelegten Protestes an die alliierte Oberste Heeresleitung und ihre Regierungen wird gebeten.“

Darauf antwortete Marschall Foch am 19. Dezember: „Das Oberkommando und die Regierungen der Verbündeten haben keine Veranlassung, die Proteste der deutschen Regierung zu unterstützen.“

Demgegenüber brachte die deutsche Rückantwort vom 22. Dezember zum Ausdruck: „Die deutsche Regierung ist nicht im Zweifel darüber, daß sie kein Recht hat, zu verlangen, daß ihre Proteste von dem alliierten Oberkommando und den alliierten Regierungen unterstützt werden. Der deutschen Regierung ist aber bekannt, daß die deutschen Kriegsgefangenen 1917 von den Rumänen außerordentlich schlecht behandelt wurden, so daß diese zu Tausenden infolge Hunger, Krankheiten und Mißhandlungen zugrunde gegangen sind. Sie ist daher in großer Sorge um die Deutschen, die jetzt in die Hand der Rumänen gefallen sind. Sie glaubte nicht, daß die alliierten Regierungen in dieser Sache die deutsche Bitte, auf die befreundete rumänische Regierung einzuwirken, ablehnen würde. Nunmehr muß mit Bedauern festgestellt werden, daß der Oberkommandierende es ablehnt, in vorliegendem Falle, wo es sich nur um allgemeine menschliche Interessen handelt, zu intervenieren. Oberste Heeresleitung.“

### Litauer und Polen.

Wolffmeldung.

Berlin, 3. Januar.

Das Litauische Presse-Bureau in Berlin teilt mit: „Unlängst ging durch polnische Zeitungen die Nachricht, der litauische Ministerpräsident, Professor Woldemar, hätte der polnischen Regierung den Vorschlag gemacht, nach Weggang der deutschen Okkupationsbehörden die Verwaltung Litauens zu übernehmen. Von zuständiger Seite sind wir ermächtigt, mitzuteilen, daß diese Meldung aus der Luft gegriffen ist. Es war nur so viel, daß die polnische Regierung der Litauischen ihre Hilfe zur gemeinsamen Abwehr der Bolschewisten angeboten hat. Dieses polnische Angebot wurde jedoch abgelehnt, weil es den Litauern klar war, daß die Polen unter dem Vorwand einer Hilfeleistung nur ihre eigenen, auf überlebte Tradition gestützten, weitgehenden Annerkennungslüste entgegen der litauischen Volksmehrheit befriedigen wollten, zum mindesten aber bei dieser Gelegenheit es versuchen würden, Einfluß in Litauens Entwicklung und Geschick zu gewinnen. Als Vorbedingung für irgendwelche Verhandlungen wurde deshalb von litauischer Seite die unverzügliche offizielle Anerkennung Litauens durch Polen als ein selbstständiges Staat mit Wilna als Hauptstadt gefordert. Polen und Litauen könnten dann als völlig gleichberechtigte, voneinander unabhängige Staaten in Verhandlungen treten. Diese grundsätzliche Vorbedingung ist von polnischer Seite nicht erfüllt worden. Sollte trotzdem Polen irgendwelche Schritte unternehmen und sich in die litauischen Angelegenheiten einmischen, so würde die litauische Regierung, zu der Vertreter sämtlicher Parteien, von der sozialdemokratischen bis zur christlich-demokratischen, sowie Juden und Weißruthenen gehören, einmütig gegen diese polnische Unternehmung protestieren, weil sie Übergriffe einer fremden Macht auf litauisches Gebiet und eine Verletzung der litauischen Integrität vorstellt. Litauen würde entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen.“

### Ententesperre im Rheinland.

Berlin, 2. Januar.

Obwohl in dem Waffenstillstandsvertrage ausdrücklich festgelegt ist, daß zwischen dem besetzten Gebiet und dem Deutschen Reich der Verkehr, besonders Handel und Industrie, keinerlei Einschränkungen unterworfen sein soll, hat die Entente seit gestern die gesamten Rheinlande gegen Deutschland hermetisch abgeschlossen. Kein Eisenbahnzug darf in das besetzte Gebiet hinein oder heraus. Zum Teil werden die Schienenstränge zerstört. Kein Fuhrwerk darf den Rhein mehr passieren. Auch der Personenverkehr ist grundsätzlich verboten und beschränkt sich auf ganz wenige, mit besonderen Ausweisen versehene Ausnahmen.

### Die Verteilung der deutschen U-Boote.

Eigener Drahtbericht.

Haag, 2. Januar.

Die Alliierten haben beschlossen, die 114 von Deutschland abgelieferten U-Boote unter sich zu teilen. England erhält 78, Frankreich 15, Italien 10, Japan 7 und Amerika 4 Boote. Diese letzteren sind bereits nach den Vereinigten Staaten abgegangen.

Berlin, 2. Januar.

Sämtliche Marinetruppenteile des früheren Marinekorps sind aufgelöst.

## Die Bekämpfung des Bolschewismus.

Wolffmeldung.

Berlin, 3. Januar.

Aus Anlaß des unbefugten Eindringens von Radek und Genossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Funkpruch nach Moskau gerichtet: „Vor einigen Tagen ist Karl Radek, der Chef der russischen Propaganda, mit einigen Genossen unter Umgehung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen. Er ist in einer Versammlung für den Bivarkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente eingetreten. Radek und Genossen werden die Folgen ihres unerlaubten Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber sieht sich genötigt, gegen das Eindringen der russischen Vertreter nachdrücklich Einspruch zu erheben. Das Verhalten Radeks wird sie darin bestärken, dem Zulassen von Vertretern der russischen Sowjetregierung auch fernerhin Widerstand zu leisten.“

Aus Spaa erfahren dazu die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“, daß Radeks Aufenthalt in Berlin in Ententekreisen großes Besorgnis erregt habe, und daß dort die Frage aufgeworfen wird, welche Mittel der deutschen Regierung noch zur Abwehr des Bolschewismus zur Verfügung stehen. Sollte es Deutschland nicht gelingen, den Bolschewismus fernzuhalten und falls es nicht binnen kurzer Zeit definitiv mit der Sowjetregierung breche, würden die Ententeländer, besonders die Vereinigten Staaten, die schärfste Blockade gegen Deutschland aufrechtzuhalten und Deutschland ebenso unter Quarantäne halten, wie sie es bereits mit Rußland tun.

Die Frage der Bekämpfung des Bolschewismus im Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Beziehungen war auch in der gestrigen Sitzung der Waffenstillstandskommission Gegenstand der Verhandlungen.

Das Oberkommando der Alliierten teilt mit, die polnische Regierung führe Klage darüber, daß die deutschen Militärbehörden in Litauen und Polen angeblich die Organisation der lokalen Verteidigung gegen die Bolschewisten verhindere.

Hierauf erklärte General von Winterfeldt, es werde der deutschen Obersten Heeresleitung sehr willkommen sein, wenn sich die Polen gegen den Bolschewismus wenden, doch habe man nach den vorliegenden Nachrichten den Eindruck, daß die Bestrebungen der Polen mehr auf andere Dinge gerichtet seien.

Französischerseits wurde vor dem Verkauf der in den Schlössern zu Berlin und Potsdam befindlichen Kunstwerke gewarnt. Der deutsche Erkauf habe von einer Händlergruppe ein Angebot für diese Kunstwerke erhalten, deren Verkauf gegen Artikel 19 des Waffenstillstandsabkommens verstoße.

Hollands Nieuwe Bureau meldet aus London:

„Nach einer Mitteilung des „Politiken“ haben die Alliierten im Hinblick auf die Entwicklung der Lage in Deutschland der deutschen Regierung eine warnende Note gesandt. Der Vertreter des Marschalls Foch hat der deutschen Waffenstillstandskommission erklärt, daß, falls die bolschewistischen Elemente in Deutschland die Macht in die Hände bekämen; die Alliierten sofort alle Verhandlungen abbrechen und den vorläufigen Frieden rückgängig machen würden. Eine andere Meldung besagt, die deutschen Politiker sollten sich vergegenwärtigen, daß Berlin besetzt würde, falls die drohende bolschewistische Gefahr nicht ein Ende habe. Die Regierung wird daher sehr energische Maßnahmen gegen den Bolschewismus treffen müssen.“

Bilbao, 2. Januar. Havas.

Sämtliche russischen Fahrgäste der in Bilbao ankommenden Schiffe werden einem strengen Verhör unterworfen und, falls sie bolschewistischen Tendenzen verdächtig erscheinen, unverzüglich wieder eingeschifft. Unter dem Verbot, nicht an Land zu gehen, sind bisher etwa elf Verhaftungen vorgekommen.

Amlich wird mitgeteilt: Der frühere Volksbeauftragte Barth hat nach Zeitungsberichten in einer Versammlung gesagt, während seiner Zugehörigkeit zur Regierung habe er eine Kriegserklärung an die russische Räterepublik verhindert. Wie Herr Barth zu dieser Äußerung kommt, ist völlig unerklärlich, denn eine solche Kriegserklärung ist weder je beabsichtigt gewesen noch erörtert worden.

Prag, 2. Januar. W. T. S.

Die Friedensdelegation der tschecho-slowakischen Republik hat sich am Montag zu den Friedensverhandlungen nach Paris begeben. Heute fand hier eine Beratung im Ministerrat statt.

### Streikstimmung im Kohlengebiet von Wales.

Eigener Drahtbericht.

Amsterdam, 2. Januar.

„Allgemeines Handelsblad“ zufolge erfahren die „Times“ aus Cardiff: „Es kann mit der Wahrscheinlichkeit erster Unstimmigkeiten im Kohlengebiet von Wales gerechnet werden, wenn nicht mit Takt vorgegangen wird. Die Grubenarbeiter, die im Heeresdienst standen, werden zu schnell demobilisiert und können nicht rasch genug wieder untergebracht werden. Als Folge davon droht die Gefahr von Arbeitslosigkeit. Die Bergwerksbesitzer erlassen durchgreifende Maßnahmen, nämlich die Entlassung von vielen Tausenden von

Arbeitern, die seit August 1914 in den Dienst traten. Eine ansehnliche Anzahl dieser Leute versuchte, sich durch Arbeit in den Bergwerken dem Heeresdienst zu entziehen. Erste Zeichen von Unzufriedenheiten traten im Rhodagebiet zutage, wo 3000 Arbeiter streiken, um die Löhne zu besprechen.“

### Neue Spaltung im Lager der Unabhängigen.

Wolffmeldung.

Berlin, 2. Januar.

In den radikalen sozialistischen Parteien scheint es zu einer neuen Spaltung zu kommen. Nachdem die Reichskonferenz des Spartakusbundes den Beschluß gefaßt hatte, sich nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen, erschien eine Deputation revolutionärer Obleute mit Ledebour, Däumig und Richard Müller an der Spitze und verlangte Aufhebung dieses Beschlusses. Trotz wiederholter Verhandlungen mit der Deputation und mit den Obleuten selbst ist es zu keiner Einigung gekommen, da von diesen noch mehrere Forderungen aufgestellt wurden, die der Reichskonferenz unannehmbar erschienen. Andererseits wendet sich das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, die „Freiheit“, sehr scharf gegen die gesamten Parteigenossen, die die Organisation der revolutionären Obleute mißbrauchen wollten, um die Anhänger der Unabhängigen in das Lager der Spartakusleute zu führen. Besonders wird Ledebour angegriffen, der nicht einmal den Takt gehabt habe, aus der Parteileitung auszutreten, bevor er offen an die Parteitrennung ging. Ein weiteres Zusammenarbeiten mit einem Manne, der eine solche Doppelrolle spiele, sei unmöglich.

Im Hinblick auf die starke Erregung, die das Vorgehen des Kultusministers Adolf Hoffmann allenthalben hervorgerufen hat, hat Minister Hänisch, wie die Telegraphen-Union zuverlässig erfährt, die Erklärung abgegeben, daß er nicht gewillt ist, mit Adolf Hoffmann, der trotz des Rücktritts der unabhängigen Volksbeauftragten an seinem Ministerposten zu kleben scheine, weiterhin zusammenzuarbeiten. Herr Hänisch würde also demnächst sein Amt niederlegen, wenn es Herr Hoffmann nicht doch noch vorziehen sollte, auszuschiden.

### Kirchzettel.

Evangelischer Militärgottesdienst: 5. Jan., vorm. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in der deutschen Kirche an der Alexanderstraße. (Et. v. R. Keller.)

Katholischer Militärgottesdienst: 5. Jan., vorm. 9 Uhr, Amt mit Predigt.

6. Jan.: Fest der Erscheinung des Herrn, vorm. 9 Uhr Hochamt mit Predigt.

Beide Gottesdienste in der Seitenkapelle der kath. Kirche an der Deutschen Straße.

Hauptchristlicher: G. Luz.

Druck und Verlag der „Bialystoker Zeitung.“

## Morgensterns Handelsschule

Bialystok. Kommerzschule, Alexanderstr. 63.

Am 6. Januar beginnen Handelslehrgänge für Damen und Herren vormittags 8-12, nachmittags 3-7 und abends 7-10 Uhr zur Ausbildung für das Kontor.

Tages- und Abendunterricht in allen kaufmännischen Fächern, sowie Stenographie, Maschinenschieben, Deutsch, Russisch, Englisch, Französisch.

Anmeldungen täglich vormittags 10-12, nachmittags 3-8 Uhr in der Schulkanzlei, Kommerzschule, II Treppen I.

Programme frei!

## Zu verkaufen

am Montag, den 6. Januar 1919, vorm. 10 Uhr, in der Poststr. 31 gegen Barzahlung: 2701

6 Fahrräder, 4 Wagen und eine Anzahl Kisten.

## Tüchtiger

Sägenschleifer zum sofortigen Eintritt gesucht. 2703

Sägewerk Zielona b. Bialystok.

## Benutzte Bücher

kauf Buchhandlung P. Kaban, Nikolajstr. 5. 2705



